

Urs Müller-Plantenberg *Einkommensstruktur und Arbeitsmarkt international*

Der Kampf gegen Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit in den Ländern der sogenannten Dritten Welt ist in den sechziger und siebziger Jahren zum beherrschenden Thema der entwicklungspolitischen Diskussion geworden und bestimmt auch immer stärker den Gegenstand entwicklungssoziologischer Untersuchungen.

In bezug auf das quantitative Ausmaß der absoluten Armut und auf die extrem ungleiche interne Einkommensverteilung in den meisten Entwicklungsländern gebührt zweifellos der Weltbank das Verdienst, die meisten Daten zusammengetragen und mit großer Insistenz auf das Ausmaß der Problematik hingewiesen zu haben. Sie hat aber diese Daten stets in einer Weise präsentiert und interpretiert, die ganz bestimmte praktische Schlußfolgerungen geradezu zwangsläufig nahelegen muß. Aus der Feststellung der Tatsache, daß die natürliche Bevölkerungsvermehrung in der Regel in den ärmsten Ländern bzw. in den ärmsten Schichten einzelner Länder am größten ist, wird so beispielsweise direkt auf die Notwendigkeit von Programmen zur Geburtenbeschränkung geschlossen. Oder: Aus dem Unterschied zwischen Pro-Kopf-Einkommen in reichen und in armen Ländern wird gefolgert, daß ein Ressourcen-Transfer entlang dem sogenannten Nord-Süd-Gefälle zum Kampf gegen die absolute Armut beiträgt. Oder: Aus der Tatsache einer gewissen Korrelation zwischen höherem Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung und geringerer Einkommensungleichheit wird geschlossen, daß der wichtigste Beitrag zu einer Einkommensumverteilung in den Ländern der Dritten Welt von einer Steigerung des Bruttosozialprodukts zu erwarten ist. (Am Beispiel Brasiliens hat Paulo Singer gerade in einer sehr genauen Studie nachgewiesen, daß das nicht stimmt: Zwar haben in einer Phase sehr schnellen Wachstums auch die unteren Einkommen zugenommen, aber die Ungleichheit hat sich erheblich verstärkt, was zur Kenntnis zu nehmen den Weltbank-Experten Pfeiffermann und Webb natürlich außerordentlich schwerfällt¹.) Schließlich wird aus der Tatsache, daß unter den einkommensschwächsten Schichten in den Entwicklungsländern die Lohnabhängigen in der Regel nur schwach vertreten sind, gefolgert, daß eine Erhöhung der Lohnquote nur beschränkte oder gar keine Bedeutung für den Kampf gegen Armut und Ungleichheit habe.

Kritiker der Weltbankstrategien (wie Nissen, Tetzlaff, Feder, Bennholdt-Thomsen, Meschkat und andere) haben nicht nur festgestellt, daß die eben angeführten praktischen Schlußfolgerungen aus richtigen Tatsachenfeststellungen logisch gar nicht in sich schlüssig sind, weil Kausalitätsbeziehungen behauptet werden, von denen gar nicht geklärt ist, ob und unter welchen Bedingungen sie existieren; sie haben in vielen Fällen auch die behaupteten Zusammenhänge empirisch widerlegt und vor allem betont, daß die Analysen und Strategien der Weltbank unter sorgfältiger Ausschaltung sämtlicher Variablen zustandekommen, die die interne nationale Machtstruktur der einzelnen Länder oder die Funktionsweise der Weltwirtschaft und die internationale Machtstruktur betreffen. Der Kampf gegen die absolute Armut wird im wesentlichen als eine technische Aufgabe verstanden,

bei der es darum geht, daß nationale Regierungen und internationale Behörden und Organisationen im Sinne einer »Umverteilung mit Wachstum« zusammenwirken.

Dagegen richten viele Entwicklungssoziologen – spätestens seit dem berühmten Buch von Frantz Fanon – ihr Augenmerk direkt auf die »Verdamnten der Erde«, auf ihren Kampf ums Überleben, um die Reproduktion der primitivsten Lebensbedingungen und einen gerechteren Anteil an der Verteilung des nationalen Reichtums. Vor allem eröffnet die Vielfalt und Heterogenität der Organisationen der Armen in Stadt und Land ein reiches Feld für wertvolle empirische Studien. Zuweilen verbindet sich mit diesen Studien die Hoffnung, in den vom kapitalistischen Produktionsprozeß weitgehend nicht erfaßten Bauern, den Elendsviertelbewohnern und den Frauen ein neues revolutionäres Subjekt finden zu können, das an die Stelle der relativ privilegierten Aristokratie der Industrie- und Bergarbeiter treten könne.

So richtig es nun sicher ist, in der Frage des Kampfes gegen die absolute Armut die Interessen und Bedürfnisse der Armen selbst, ihre Organisationen und Kämpfe in den Mittelpunkt zu stellen, so sehr fragt sich doch, ob nicht schon die Anlage der meisten bisherigen Analysen der Ursachen von Armut und ungleicher Einkommensverteilung geeignet ist, kurzschlüssige Aussagen über die, wie Galtung sich ausdrückt, »Interessenharmonie« bzw. »Interessendisharmonie«² mit anderen Klassen und Schichten des nationalen und internationalen Systems zu provozieren. Ich meine Folgendes: So wie die Weltbank die Unterschiede zwischen den nationalen Durchschnittseinkommen einerseits und die Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Nationen vollkommen getrennt voneinander betrachtet und beide je für sich als variabel ansieht, ähnlich betrachten auch viele Kritiker der Weltbank die existierende Armut in den Entwicklungsländern als das Ergebnis zweier relativ getrennt voneinander ablaufender Verteilungskämpfe, nämlich des internationalen, für den die Politische Ökonomie des Weltmarkts oder die Abteilung Weltwirtschaft zuständig ist, und des nationalen, zu dessen Analyse neben der Volkswirtschaft und der Politikwissenschaft auch die Soziologie ihren Teil beitragen darf. Die Trennung dieser beiden Dimensionen erlaubt erst die Schlußfolgerung, daß die Arbeiter der Industrienationen als Teilhaber an der Ausbeutung der restlichen Welt beteiligt seien, während die Bourgeoisien der Entwicklungsländer wenigstens in einem der beiden Verteilungskämpfe, nämlich dem internationalen, auf der richtigen Seite stehen.

Ich möchte nun auf einige Determinanten der internen Einkommensverteilung in den Entwicklungsländern aufmerksam machen, die für gewöhnlich weder in der weltwirtschaftlichen, noch in der volkswirtschaftlichen, noch in der auf die einzelne Gesellschaft zielenden soziologischen Analyse eine Rolle spielen. Man könnte diesen Bereich von Fragestellungen, auf den ich hier eingehen will und der, wie ich meine, das fehlende Bindeglied zwischen der internationalen und der nationalen Verteilungsproblematik darstellt, mit Elsenhans als »soziologische Dimension des internationalen Systems«³ oder auch – in Analogie zur Weltwirtschaft – als »Weltsoziologie« bezeichnen.

Um darstellen zu können, worum es dabei geht, war zunächst einmal nötig, die Daten über die nationalen Durchschnittseinkommen (genauer: das Bruttosozialprodukt pro Kopf), wie sie in den jährlichen Atlanten der Weltbank und auf der obersten der beiliegenden Weltkarten erscheinen, mit den Daten über die interne Einkommensverteilung in den einzelnen Ländern so zu integrieren, daß daraus das Bild einer Welteinkommensstruktur entsteht, wie es auf der zweiten Weltkarte und in der Tabelle im Anhang für 1976 angedeutet wird. Ich sage »angedeutet«, weil die scheinbar sehr präzise angegebenen Flächen

und Zahlen eine Meßgenauigkeit vortäuschen könnten, die aus sehr verschiedenen methodischen und technischen Gründen gar nicht gegeben sein kann. Über die Frage, ob bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts mit den gleichen Methoden in Industrie- und Entwicklungsländern überhaupt das Gleiche gemessen wird, gibt es lange Auseinandersetzungen; und ebenso sehr könnte man darüber streiten, ob die von der Weltbank berechneten Vergleichsgrößen für die Planwirtschaftsländer realistisch sind. Außerdem würde jede Veränderung der Wechselkurse das Bild etwas verschieben, wobei dann immer noch die Frage offenbleibt, wie hoch die reale Kaufkraft gleicher Einkommen in verschiedenen Ländern ist. Schließlich mußten die Daten über die interne Einkommensverteilung mit Hilfe von Schätzungen so transformiert werden, daß die hier benutzten Grenzen zwischen den Einkommensgruppen bestimmbar waren. Auch hier läßt sich wirkliche Präzision nicht erreichen, könnten im Einzelfall Zweifel angemeldet werden. Im ganzen läßt sich aber sagen, daß für die hier zu behandelnden Probleme ein hohes Maß an Präzision der Daten gar nicht erforderlich ist. Außerdem kann sich die Wissenschaft ihre Fragestellungen nicht davon vorschreiben lassen, wie es um die Datenlage bestellt ist.

In den folgenden Bemerkungen möchte ich mich nun allein auf die kapitalistischen Industrie- und Entwicklungsländer beziehen.

Betrachten wir zunächst die Schichten mit den höchsten Einkommen in den Entwicklungsländern. (Sie sind in vielen afrikanischen und asiatischen Ländern zahlenmäßig so schwach, daß sie in unserer groben Darstellung gar nicht in Erscheinung treten.) Vergleicht man ihr Einkommen mit dem Durchschnittseinkommen ihrer Nation oder gar mit dem Einkommen der Ärmsten in ihrem Lande, so muß es als skandalös hoch erscheinen. Im Rahmen der Welteinkommenspyramide jedoch sieht die Sache völlig anders aus: Hier versuchen sie lediglich, mit den Schichten hoher und höchster Einkommen in den Industrieländern Schritt zu halten.

Das wesentliche Instrument, über das die Schichten hoher Einkommen in den Entwicklungsländern verfügen, um die extrem ungleiche Einkommensverteilung in ihren Ländern durchzusetzen, zu stabilisieren und zu verteidigen, ist die internationale Konkurrenz. Um ein extremes Beispiel zu nennen: Auf die Frage, wie der chilenische Staat es dulden könne, daß die stärksten privaten Wirtschaftsgruppen des Landes in den letzten Jahren ihre Profite so extrem steigern konnten, pflegen die ultraliberalen Wirtschaftspolitiker der chilenischen Regierung zu antworten, daß diese Profite immer noch zu niedrig seien, als daß diese Gruppen auf dem nationalen und internationalen Markt erfolgreich gegen Unternehmen wie General Motors oder Siemens konkurrieren könnten. Eine so klare und eindeutige Antwort ist sicher nur möglich, wo sich eine Regierung vom Wählerwillen der Mehrheit der armen Bevölkerung völlig unabhängig gemacht hat. Tatsache ist, daß sich in den kapitalistischen Entwicklungsländern die für ein beschleunigtes Wachstum erforderliche Investitionsquote nur erreichen läßt, wenn den nationalen und multinationalen Unternehmen mindestens die Chance eingeräumt wird, den international üblichen Profit zu erreichen oder zu übertreffen. Wo das nicht geschieht, kann es mit Investitionsverweigerungen und Androhung von Kapitalflucht durchgesetzt werden.

Die Möglichkeit, über den Hebel der internationalen Konkurrenz ein Einkommen zu erzwingen, das internationalen Standards entspricht und deshalb von der Höhe des nationalen Durchschnittseinkommens weitgehend unabhängig ist, ergibt sich aber nicht nur für die kapitalistischen Unternehmer, sondern auch für alle Arbeitskräfte, deren Qualifikation national und international nachgefragt wird und deren Wanderung keiner Beschränkung

unterliegt. Der sogenannte »brain drain«, das heißt: der Abzug von Wissenschaftlern, hochqualifizierten Technikern, Ärzten, Künstlern und anderen auf die Arbeitsmärkte Nordamerikas und Westeuropas hat für viele Entwicklungsländer nicht nur einen Verlust an qualifizierter Arbeitskraft und einen Verzicht auf die investierten Ausbildungskosten bedeutet, sondern vor allem auch bewirkt, daß zur Sicherung des Angebots an qualifizierter Arbeitskraft auch in den Entwicklungsländern der international übliche Preis für diese Ware bezahlt wird. Jeder Versuch, daran etwas zu ändern, läuft in der Praxis auf eine Diskriminierung der Kollegen aus den Entwicklungsländern hinaus. Mit welchem Recht etwa könnte man an den brasilianischen Soziologen die Aufforderung richten, sich mit einem geringeren Einkommen und einem niedrigeren Lebensstandard zu begnügen, wenn man diese Aufforderung nicht gleichzeitig an seinen deutschen Kollegen, den Entwicklungssoziologen richtet? Beide müssen, um ihren beruflichen Anforderungen zu genügen, sich dem internationalen Konkurrenzkampf der Publikationen und Kongresse stellen. Es ist mit den Prinzipien der Wissenschaft, der Technik und der Kunst grundsätzlich unvereinbar, gleichartige Leistungen unterschiedlich danach zu bewerten und zu honorieren, welcher Herkunft der Urheber dieser Leistung ist.

Mit diesen Ausführungen soll nicht ausgeschlossen werden, daß es in den Entwicklungsländern auch Schichten gibt, die es verstehen, sich mit Mitteln des politischen oder militärischen Zwanges oder der Korruption ein hohes Einkommen zu sichern. Aber der für die Auseinandersetzung der Einkommensstruktur entscheidende Punkt ist zweifellos die Konkurrenz auf den internationalen Märkten für Kapital, Waren und qualifizierte Arbeitskräfte. Vermittelt können an dem Zug zur Einkommenssteigerung auch Berufsgruppen teilnehmen, deren Qualifikation zwar für gewöhnlich nicht international nachgefragt wird (wie z.B. Anwälte, Diplomaten und Verwaltungsbeamte sowie Offiziere von Armee und Polizei), deren Dienstleistungen aber für die übrigen Schichten hoher Einkommen von großer Bedeutung sind.

Wenden wir uns nun dem unteren Teil der Welteinkommenspyramide zu, den Schichten bis zu 200 oder auch 500 US-\$ Jahreseinkommen, auf den Karten am hellsten gekennzeichnet. Obwohl ihr relativer Anteil an der Bevölkerung des kapitalistischen Teils der Welt zwischen 1970 und 1976 geringfügig abgenommen hat (bis 500 \$: von 59,9 auf 55,1%, bis 200 \$: von 43,6 auf 40,4%), ist die absolute Zahl der Menschen mit so niedrigem Einkommen noch immer angestiegen (vergleiche die Zwischensumme A + B in der Tabelle), wobei eine Konzentration auf Südasien, Afrika und Südostasien zu beobachten ist.

Selbst wenn man annimmt, daß wegen der Überbewertung monetärer Einkommen in der Einkommensstatistik ein Teil dieser ärmsten Schichten der Weltbevölkerung seine Grundbedürfnisse anders als über den kapitalistischen Warenmarkt noch befriedigen kann, steht doch andererseits fest, daß die meisten dieser Menschen bereits von den Produktionsmitteln getrennt sind und ihre Arbeitskraft billigst anbieten müssen oder so wenig produktiv arbeiten müssen, daß es für eine Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse über den Markt nicht ausreicht.

Die These, die nun hier vertreten werden soll, ist folgende: Die Schwierigkeiten bei jedem Versuch, die Einkommensstruktur in den Entwicklungsländern zugunsten der einkommensschwächsten Schichten zu verändern, beruhen im wesentlichen darauf, daß der internationale Markt für Arbeitskräfte mit geringer, obsoletter oder gar keiner Qualifikation im Gegensatz zu den Märkten für Kapital, Waren, Dienstleistungen und hochqualifizierte

Arbeitskräfte extremen Beschränkungen unterliegt, sodaß die einkommensschwächsten Schichten dieser Länder dem über die internationale Konkurrenz vermittelten Druck der Schichten mit hohen Einkommen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen haben. Mit den Begriffen von Marx könnte man diese These auch anders ausdrücken: Die Reglementierung des internationalen Arbeitsmarkts hat dafür gesorgt, daß in der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche ständige Produktion und Reproduktion einer relativen Übervölkerung – Marx nennt sie »das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«⁴ – auf den Teil der Welt konzentriert wurde, in dem die kapitalistische Produktionsweise noch nicht so weit vorgeedrungen war.

Diese These hat auf den ersten Blick viel Ähnlichkeit mit der These José Nuns, wonach der Kapitalismus in den unterentwickelten Ländern Lateinamerikas in Form der marginalen Masse eine relative Übervölkerung hervorgebracht habe, die – im Unterschied zur industriellen Reservearmee, wie sie zeitweilig in den Industrieländern auftritt – für die weitere kapitalistische Entwicklung nicht mehr »funktional« sei.⁵ Die Frage nach der Funktionalität oder Nichtfunktionalität der relativen Übervölkerung für den Akkumulationsprozeß hat aber, wie Nun sie gestellt hat, nur Sinn, wenn man sowohl den Akkumulationsprozeß als auch die Produktion der relativen Übervölkerung als Prozesse auffaßt, die im wesentlichen im Rahmen des Nationalstaats ablaufen.

Marx selbst war zweifellos der Meinung, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß in jedem einzelnen Land eine relative Übervölkerung hervorbringen müsse, und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen der enormen Bevölkerungsbewegungen, die er zwischen Irland, England, den Vereinigten Staaten, Australien und anderen Ländern beobachten konnte. Die relative Problemlösung, mit der etwa 20 Millionen Engländer und insgesamt etwa 40 Millionen Europäer – allesamt durch die kapitalistische Entwicklung »freigesetzte« Arbeitskräfte oder, wie man sie heute diffamierend nennen würde: »Wirtschaftsflüchtlinge« – nach Übersee auswandern konnten, war für Marx eine solche Selbstverständlichkeit, daß er annehmen konnte, daß sich durch die ausgleichende Wirkung des internationalen Arbeitsmarktes mit zunehmender kapitalistischer Entwicklung in allen einzelnen Ländern das Problem der latenten relativen Übervölkerung und des Pauperismus als eben »allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« in gleicher Weise ergeben würde. Seine Bemerkungen zum Thema des internationalen Arbeitsmarktes galten denn auch weniger der Frage, ob die Auswanderung oder Einwanderung diese oder jene Auswirkung auf die Entwicklung des jeweiligen nationalen Kapitalismus habe, als vielmehr dem Zynismus, mit dem die Kapitalisten je nach Konjunktur über die mangelnde Zufuhr der »Ware« Arbeitskraft klagten.

Ganz in diesem Sinne konnte noch 1915 Nikolai Bucharin in seinem Buch über »Imperialismus und Weltwirtschaft« den internationalen Arbeitsmarkt mit folgenden wenigen Sätzen abhandeln, die uns heute geradezu als absurd erscheinen: »Wenn der internationale Warenverkehr den 'Stoffwechsel' des sozialökonomischen Organismus der Welt ausdrückt, so drückt die internationale Bevölkerungsbewegung vor allem die Verschiebung des Hauptfaktors des Wirtschaftslebens, der Arbeitskraft, aus. Ähnlich wie im Rahmen der nationalen Wirtschaft die Verteilung der Arbeitskräfte unter die verschiedenen Produktionszweige durch die Höhe des Arbeitslohns, der ein gleiches Niveau anstrebt, geregelt wird, ebenso verfolgt auch im Rahmen der Weltwirtschaft der Prozeß der Ausgleichung der verschiedenen Normen des Arbeitslohns auf dem Wege der Auswanderung. Das ungeheure Reservoir des kapitalistischen Amerikas saugt die überschüssige Bevölkerung Europas und

Asiens auf, angefangen mit den aus der Landwirtschaft ausgestoßenen pauperisierten Bauern bis zur städtischen 'Reservearmee' der Arbeitslosen. So entsteht ein Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot der Arbeitskräfte im Weltmaß und zwar in dem für das Kapital nötigen Verhältnis.« Soweit Bucharin.⁶ Es lohnt hier, einmal darüber nachzudenken, ob Marxens Prognose einer kapitalistischen Entwicklung Indiens nach dem Muster Englands unter der zu seiner Zeit geltenden Prämisse eines freien internationalen Arbeitsmarktes so unrealistisch war, wie sie uns heute erscheint. Wenn das »ungeheure Reservoir des kapitalistischen Amerika« die pauperisierten Bauern und die städtische Reservearmee Indiens ebenso aufgesaugt hätte wie die entsprechenden Gruppen Englands, hätte Marx mit seiner Prognose wahrscheinlich nicht unrecht behalten müssen.

Als aber die kapitalistische Produktionsweise sich in der Welt so ausgedehnt hatte, daß sie auch in Indien (und China und Lateinamerika und Afrika etc.) mehr Arbeitskräfte »freisetzen« als für ihre Beschäftigung sorgen konnte, da war die Welt bereits mit Brettern zugenagelt. An sehr starken Auswanderungsströmen aus Indien, etwa nach Südostasien, Ostafrika und Guayana, hat es nicht gefehlt. Aber in der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden die Grenzen von immer mehr Ländern für indische Auswanderer geschlossen.⁷

Das, was Dieter Senghaas als Voraussetzung einer nachholenden Entwicklung für die Entwicklungsländer propagiert, nämlich eine »selektive Dissoziation vom Weltmarkt«⁸, ist von den kapitalistischen Industrieländern zur Verteidigung ihres Vorsprungs seit dem Ersten Weltkrieg in der Form einer systematischen Abschottung gegen das schier unbegrenzte Angebot auf dem Weltarbeitsmarkt längst vorpraktiziert worden. Heute ist es so selbstverständlich geworden, daß man für die Wanderung von einem in ein anderes Land einen Paß, eine Arbeitserlaubnis und eine Aufenthaltserlaubnis braucht (und der Abbau dieser Erfordernisse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gilt als eine solche Ausnahme), daß man sich die Verhältnisse auf einem fast unregelmäßigem Weltarbeitsmarkt, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts existierte, kaum noch vorstellen kann. Entsprechend ist denn auch in den meisten Untersuchungen über den kapitalistischen Weltmarkt der Weltarbeitsmarkt gar nicht mehr als Teil des Weltmarkts begriffen, obwohl das für Marx noch selbstverständlich war, weil ja für das Kapital auch die Arbeitskraft eine Ware ist.

Die selektive Dissoziation vom Weltarbeitsmarkt und damit vom Weltmarkt überhaupt läßt sich am deutlichsten an der Geschichte der Einwanderungsbedingungen des klassischen Einwanderungslandes USA verfolgen. 1921 und 1924 wurden Gesetze beschlossen, die für die Herkunftsländer der Einwanderer Quoten festsetzten, wobei die Länder des sogenannten Asien-Pazifik-Dreiecks fast völlig ausgeschlossen wurden. In den dreißiger Jahren der Weltwirtschaftskrise wurden diese Quoten noch beträchtlich verringert.

Erst in den sechziger Jahren wurde diese Quotenpolitik aufgegeben, und zwar, weil sie einerseits in einer entkolonialisierten Welt wegen der ihr eigenen offenkundigen nationalen und rassistischen Diskriminierung nicht mehr zeitgemäß erschien und weil sie zweitens den inzwischen gewonnenen Erkenntnissen der bildungsökonomischen Theorie über das »human capital« nicht genügend Rechnung trug. Die Quotenpolitik wurde also 1965 durch eine Gesetzgebung ersetzt, wonach – ungeachtet ihrer Nationalität – nur bestimmte Kategorien von Menschen zur Einwanderung zugelassen werden: Verwandte von Staatsbürgern oder bereits Ansässigen, Wissenschaftler, Künstler und Freiberufler von hervorragender Qualifikation bei nachgewiesenem Arbeitsplatzangebot, Arbeitsuchende für bestimmte Teilarbeitsmärkte, auf denen nachgewiesenermaßen Arbeitskräftemangel herrscht, und

politische Flüchtlinge. Ähnliche, nicht mehr nach nationaler Herkunft, sondern nach Qualifikation diskriminierende Bestimmungen finden sich heute in den die Einwanderung regelnden Gesetzen und Verträgen fast aller Nationen sowie in den Richtlinien ihrer Ausländerbehörden.⁹

Die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche ständige Produktion einer relativen Übervölkerung konnte auf diese Weise aus den Ländern, die Vorreiter der kapitalistischen Industrialisierung waren, in den Rest der kapitalistischen Welt exportiert werden. Die in Perioden der Hochkonjunktur zeitweilig notwendige schnelle Zufuhr unqualifizierter Arbeitskräfte ist dabei – im Unterschied zum 19. Jahrhundert – jederzeit gesichert. Ein Anruf genügt, und morgen schon können Tausende von Mexikanern, Kolumbianern, Haitianern, Marokkanern, Türken, Ägyptern oder Pakistanis vor den Werkstoren in Detroit oder Hannover stehen.

Die durch Auswanderung einerseits, selektive Einwanderungspolitik andererseits erreichte relative Verknappung der Arbeitskräfte auf dem Binnenarbeitsmarkt der Industrieländer hat zwar das periodische Auftreten einer industriellen Reservearmee von Arbeitslosen nicht verhindern können, diese hat aber nie dauerhaft das Ausmaß erreicht, das Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung heute in den meisten Entwicklungsländern haben.

Bis hierher habe ich klarzumachen versucht, wie unterschiedliche Regelungen und Beschränkungen der internationalen Teilarbeitsmärkte unterschiedlicher Qualifikation zur Auseinanderzerrung der Einkommenstruktur in den Entwicklungsländern direkt beitragen bzw. den Strategien einer Einkommensumverteilung entgegenwirken. Darüberhinaus ergeben sich aber aus der von der Wachstumsdynamik in den Industrieländern geprägten technischen Struktur der kapitalistischen Produktion weitere Zwangsläufigkeiten, die mittelbar ebenfalls zur Auseinandersetzung der Einkommensstruktur beitragen und die Hoffnung unreal erscheinen lassen, daß Einkommensumverteilung durch beschleunigtes kapitalistisches Wachstum gefördert werden könne.

Gemeint ist folgendes: Bei steigender Produktivität und relativ langsamem Wachstum der nachfragefähigen Bevölkerung ist die ständige Aufnahme der Produktion neuer Produkte und ihre allmähliche Integration in den gesellschaftlichen Konsum eine unbedingte Voraussetzung fortschreitenden Wachstums, wie unter anderem Paulo Singer gezeigt hat.¹⁰ Mit Klaus Traube kann man von einer systematischen »Industrialisierung der Bedürfnisse« als einem charakteristischen und notwendigen Merkmal des Wachstums in den kapitalistischen Industrieländern reden. Ab einem bestimmten Einkommen wird der Verbrauch bestimmter Konsumgüter geradezu zur gesellschaftlichen und moralischen Pflicht, bis schließlich die gesellschaftliche Infrastruktur so geändert worden ist, daß der Verbrauch dieser Konsumgüter zum ökonomischen Zwang wird.¹¹ Das einzelne Konsumgut, an dessen Verbreitung dieser Wirkungszusammenhang am deutlichsten nachvollzogen werden kann, ist das Automobil, genauer: der im allgemeinen privat betriebene Personenkraftwagen. Auf der untersten beiliegenden Weltkarte und in der Grafik im Anhang habe ich versucht, zu zeigen, wie eng weltweit der Bestand an Personenkraftwagen mit der Breite der einkommensstarken Schichten korreliert. Aus dem hier Gesagten ergibt sich für die kapitalistischen Industriegesellschaften eine ständige Steigerung der objektiv erforderten gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft oder, wie Claus Offe richtig gesagt hat, »der Zwang, immer neue Kategorien von Gütern und Leistungen in Anspruch zu nehmen, um auf dem Arbeitsmarkt 'verwertbar' zu bleiben.«¹²

Die Übernahme dieses Wachstumsmodells in den Entwicklungsländern trägt nun in zwei-

erlei Weise zur weiteren Auseinanderzerrung der Einkommensstruktur bei. Erstens hat die Übernahme der Produktions- und Konsummuster nur dann eine wachstumsfördernde Wirkung, wenn vor allem die relativ höheren Einkommen gestärkt werden. Wird zum Beispiel die Zahl der Automobile pro 1000 Einwohner, wie das häufig geschieht, als Indikator für Entwicklung und Wachstum benutzt, so ist die Konzentration auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der großen Massen der armen Bevölkerung nur als wachstums- und entwicklungshemmend zu begreifen.

Zweitens führt die Übernahme der Produktionstechniken aus den Industrieländern zu einer Steigerung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft der im modernen Sektor Beschäftigten. Die direkten und indirekten, physischen und psychischen Belastungen der industriellen Produktion lassen Erfordernisse auf dem Gebiet der Ernährung, Kleidung, Wohnung, des Transports, der Gesundheit und Erholung entstehen, die denen in den Industrieländern kaum nachstehen und ohne deren Erfüllung die Arbeitskraft nicht in der benötigten Qualität, Belastbarkeit und Kontinuität erhalten werden kann. Wenn Werner Würtele in seiner kürzlich fertiggestellten Dissertation festgestellt hat, daß die Automobilarbeiter von Sao Paulo zwar einerseits wesentlich mehr verdienen als die meisten übrigen Arbeiter, andererseits aber noch weit von dem für sie notwendigen Existenzminimum entfernt sind, so liegt darin kein Widerspruch.¹³ Beide Tatsachen sind vielmehr zusammengekommen ein Ausdruck für das bestehende Spannungsverhältnis zwischen objektiven Erfordernissen der Reproduktion einerseits und der lohndrückenden scharfen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt andererseits. Ein Automobil-Facharbeiter, der sich auf die Befriedigung der wie auch immer definierten Grundbedürfnisse beschränken würde, wäre schon sehr bald den Belastungen seines Arbeitstages nicht mehr gewachsen und würde sich dann in der industriellen Reservearmee wiederfinden, in der nicht einmal die Befriedigung der Grundbedürfnisse garantiert wird. Die These, daß die höher entlohnten Schichten der Arbeiterklasse eine vom Kapital bestochene, privilegierte Arbeiteraristokratie bildeten, ist daher bestenfalls geeignet, zwischen zwei Gruppen, die unter ähnlich erschwerten Bedingungen um die Reproduktion kämpfen, einen politischen Keil zu treiben.

Es stellt sich nun die Frage, welche Wege eingeschlagen werden können, um die nationale Arbeitsmarktsituation in den Ländern der sogenannten Dritten Welt so zu verändern, daß eine Verbesserung der Einkommensstruktur auf Dauer denkbar wird.

Der erste und von den Entwicklungspolitikern der westlichen Welt als einziger ins Auge gefaßte Weg ist der eines beschleunigten kapitalistischen Wachstums. Eine Produktionssteigerung, die in der Lage wäre, die nationale relative Übervölkerung aufzusaugen und die Löhne der niedrigsten Einkommenschichten an den nationalen Durchschnitt anzunähern, verlangt aber einen Kapitalaufwand, wie er nur unter besonders günstigen Umständen (wie etwa in Singapur) oder in einigen ölexportierenden Ländern (Kuwait, Saudi-Arabien, Venezuela?) gesichert werden kann. In großen Schwellenländern vom Schlage Brasiliens können zwar die Einkommen insgesamt gesteigert werden, ohne daß jedoch dadurch die Einkommensstruktur zugunsten der Ärmsten verbessert wird. Hier stellt sich sogar die Frage, ob die Reproduktionskosten des bloßen Überlebens durch die Urbanisierungsprobleme nicht schneller gesteigert werden als die Realeinkommen.

Ein zweiter, dorniger Weg, wie ihn etwa Cuba gegangen ist, führt über die Abkoppelung vom Weltmarkt überhaupt und vom Weltarbeitsmarkt im besonderen. Dieser Weg bedeutet in der Regel den Verlust vieler hochqualifizierter Fachleute. Sie können argumentieren, daß ihnen die Freiheit genommen wurde, den international üblichen Preis für den Verkauf

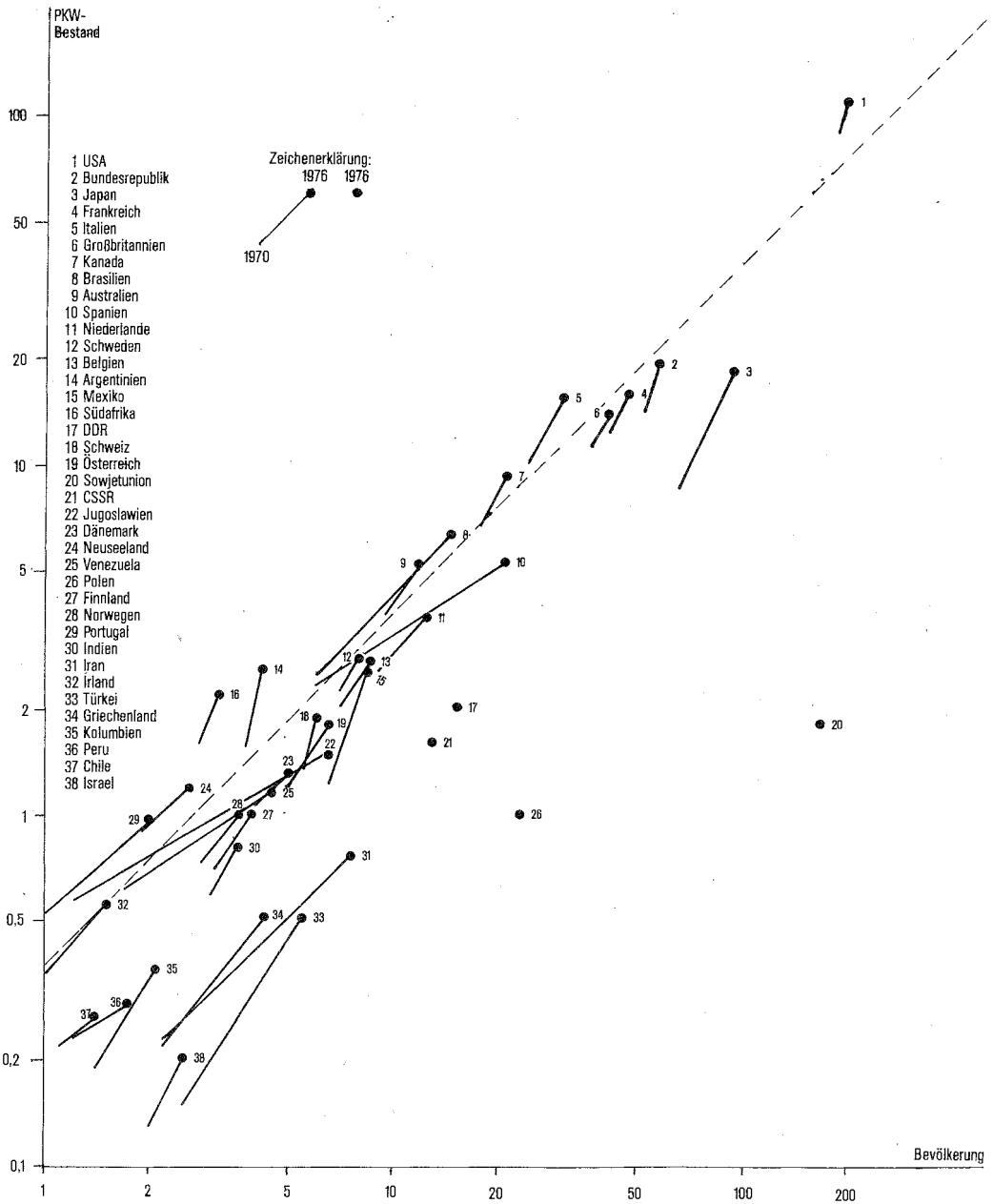
ihrer Arbeitskraft zu verlangen. In einer Welt, in der die wirtschaftliche Freiheit als Grundlage der politischen Freiheit gilt, haben sie damit schon von vornherein die Anerkennung als politische Flüchtlinge sicher.

Ein dritter Weg zum Abbau der relativen Übervölkerung, die legale Arbeitsemigration, konnte bis zum Beginn der siebziger Jahre von den südeuropäischen und einigen nordafrikanischen Ländern gegangen werden. Seit aber nach 1973 eine stärkere Arbeitslosigkeit auch die Industrieländer Mittel- und Nordeuropas und Nordamerikas erfaßt hat, ist eine fast totale Blockierung der legalen Arbeitsemigration eingetreten. Stattdessen ist die illegale Wanderung zum weltweiten Thema geworden. Renate Rott hat in ihrer Arbeit über Industrialisierungsprozeß und Arbeitsmarkt in Kolumbien und Mexiko gezeigt, daß die illegale Wanderung von Mexikanern in die USA eine lange Geschichte hat.¹⁴ Noch nie aber sind die »illegalen Fremden«, die »indocumentados«, die »clandestinos«, die »unpolitischen Asylbewerber«, die »Wirtschaftsflüchtlinge« und wie immer sie genannt werden mögen, zu einem so massiven weltweiten Problem geworden. Wo immer die Grenzen zwischen Ländern mit starker relativer Übervölkerung und Ländern mit einem vergleichsweise hohen Mindesteinkommen nur schwer zu kontrollieren sind (also etwa zwischen Mexiko oder Haiti und den USA, zwischen Kolumbien, Ecuador und Venezuela, zwischen Algerien und Frankreich, aber auch zwischen Pakistan oder der Türkei und Westberlin), finden die illegalen Einwanderer jeden Spalt. Sie lassen sich von Schiebern und Schleppern ausbeuten, von Unternehmern mit Hungerlöhnen bezahlen und als Lohndrücker und Streikbrecher gegen die Gewerkschaften einsetzen. Sie kennen das Risiko und wissen, was sie erwartet: Rechtlosigkeit, Zurücksetzung, Diskriminierung, Prügel, Verfolgung, Ausweisung, Abtransport. Aber sie kommen immer wieder, weil sie wissen, was sie hinter sich lassen. Sie fragen so wenig, ob sie willkommen sind, wie Pizarro oder Cecil Rhodes einst gefragt haben, ob sie in Amerika oder Afrika willkommen waren.

Angesichts der immer kürzer werdenden Entfernungen auf dieser Welt ist zu bezweifeln, daß sich dieser Strom noch einmal wirksam und dauerhaft eindämmen läßt. Wahrscheinlich werden wir uns eher durch die leibhaftige Präsenz von Ali aus Pakistan und José aus Kolumbien hier vor die Frage gestellt sehen, warum wir eigentlich immer wieder neue Bedürfnisse erfinden müssen, die wir dann auch zu befriedigen haben, wo doch noch so viele Leute hungern.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Paul Singer, *New questions on income distribution*, in: *Latin America Regional Reports Brazil*, London 25. Februar 1980
- 2) Johan Galtung, *Eine strukturelle Theorie des Imperialismus*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, Frankfurt 1972, S. 36
- 3) Hartmut Elsenhans, *Mobilität der Arbeitskraft und Akkumulation. Aspekte einer sozioökonomischen Theorie des internationalen Systems*, in: Ders. (Hrsg.), *Migration und Wirtschaftsentwicklung*, Frankfurt / New York 1978, S. 13ff.
- 4) Karl Marx, *Das Kapital*, Band I, Berlin (DDR) 1962, S. 640ff.
- 5) José Nun, *Superpoblación relativa, ejército industrial de reserva y masa marginal*, in: *Revista Latinoamericana de Sociología*, Heft 2, Buenos Aires 1969
- 6) Nikolai Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Frankfurt 1969, S. 38f.
- 7) Vgl. Nations Unies, *Causes et Conséquences de l'Evolution Démographique*, Volume I, New York 1978, S. 254f.
- 8) Vgl. Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt 1977
- 9) Vgl. Nations Unies, a.a.O., S. 252ff.
- 10) Vgl. Paul Singer, *Beschäftigung, Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft*, in: *Lateinamerika, Analysen und Berichte 1*, Berlin 1977
- 11) Vgl. Klaus Traube, *Wachstum oder Askese?* Reinbek 1979, S. 29ff.
- 12) Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972, S. 157
- 13) Vgl. Werner Würtele, *Auf dem Wege zu einer »authentischen« Gewerkschaftsbewegung in Brasilien*, Dissertation Bremen 1980
- 14) Vgl. Renate Rott, *Industrialisierung und Arbeitsmarkt. Aspekte der sozioökonomischen Entwicklung der Arbeits- und Gewerkschaftspolitik in Kolumbien und Mexiko*, Königstein/Ts. 1979



Bevölkerung mit einem Jahreseinkommen pro Kopf von mehr als 2000 US-\$ von 1976 in Millionen gegen Bestand an Personenkraftwagen in Millionen, 1970 und 1976. Logarithmischer Maßstab. Die gestrichelte Linie bezeichnet den Durchschnitt für die Welt ohne sozialistische Länder. (1976)

Weltbevölkerung nach Einkommensgruppen und Regionen 1976 (in Klammern 1970)

Einkommen pro Kopf in US-\$ von 1976

	über 20000		5000-20000		2000-5000		500-2000		200-500		unter 200		insgesamt	
USA und Kanada	13,0	(9,0)	154,0	(132,5)	58,0	(66,0)	19,5	(19,5)	—	(2,0)	—	(—)	244,5	(229,0)
Westeuropa	11,0	(3,5)	130,0	(67,5)	128,0	(142,0)	105,5	(120,0)	17,5	(27,5)	2,0	(12,5)	394,0	(373,0)
Japan	2,0	(1,0)	37,0	(13,0)	56,0	(52,0)	18,0	(33,5)	1,5	(4,0)	—	(—)	114,5	(103,5)
Australien u. Ozeanien	1,0	(—)	7,5	(4,0)	6,5	(7,5)	2,5	(4,0)	—	(0,5)	—	(—)	17,5	(16,0)
Zwischen- summe A	27,0	(13,5)	328,5	(217,0)	248,5	(267,5)	145,5	(177,0)	19,0	(34,0)	2,0	(12,5)	770,5	(721,5)
Lat. Amerika u. Karibik	0,5	(—)	9,0	(5,0)	32,0	(18,0)	171,5	(107,5)	97,0	(116,0)	23,5	(39,5)	333,5	(286,0)
Afrika	—	(—)	2,5	(2,0)	10,0	(4,5)	66,5	(44,5)	117,0	(79,5)	230,0	(224,5)	426,0	(355,0)
Westasien	1,0	(—)	6,0	(0,5)	14,5	(6,5)	43,0	(15,0)	12,5	(28,0)	8,5	(16,5)	85,5	(66,5)
Südasien	—	(—)	—	(—)	4,5	(3,5)	56,5	(51,5)	60,0	(60,0)	687,5	(588,0)	808,5	(703,0)
Südostasien	—	(—)	0,5	(—)	6,5	(4,0)	36,5	(29,0)	81,0	(56,5)	157,5	(166,5)	282,0	(256,0)
Ostasien	—	(—)	1,0	(—)	5,5	(2,0)	23,5	(8,0)	21,5	(23,0)	6,5	(16,0)	58,0	(49,0)
Zwischen- summe B	1,5	(—)	19,0	(7,5)	73,0	(38,5)	397,5	(255,5)	389,0	(363,0)	1113,5	(1051,0)	1993,5	(1715,5)
Zwischen- summe A+B	28,5	(13,5)	347,5	(224,5)	321,5	(306,0)	543,0	(432,5)	408,0	(397,0)	1115,5	(1063,5)	2764,0	(2437,0)

Osteuropa	—	(—)	13,5	(5,5)	58,5	(40,5)	57,5	(72,5)	2,5	(7,5)	—	(0,5)	132,0	(126,5)
Sowjetunion	—	(—)	13,0	(0,5)	150,5	(132,5)	95,5	(108,5)	—	(—)	—	(—)	259,5	(241,5)
Soz. Länder	—	(—)	—	(—)	0,5	(0,5)	295,0	(77,0)	479,5	(450,0)	169,0	(277,5)	944,0	(805,0)
Asien														
Zwischen- summe C	—	(—)	26,5	(6,0)	209,5	(173,5)	448,0	(258,0)	482,0	(457,5)	169,0	(278,0)	1335,0	(1173,0)
Welt insgesamt	28,5	(13,5)	374,0	(230,5)	531,0	(479,5)	991,0	(690,5)	890,0	(854,5)	1274,5	(1341,5)	4099,0	(3610,0)